

Sicherheitsbedürfnisse und Politik: zum Bedeutungsverlust einer staatlichen Aufgabe in den Prozessen der politischen Willensbildung

Murck, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Murck, M. (1981). Sicherheitsbedürfnisse und Politik: zum Bedeutungsverlust einer staatlichen Aufgabe in den Prozessen der politischen Willensbildung. In W. Schulte (Hrsg.), *Soziologie in der Gesellschaft: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Ad-hoc-Gruppen und des Berufsverbandes Deutscher Soziologen beim 20. Deutschen Soziologentag in Bremen 1980* (S. 135-139). Bremen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-188558>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SICHERHEITSBEDÜRFNISSE UND POLITIK

Zum Bedeutungsverlust einer staatlichen Aufgabe in den Prozessen der politischen Willensbildung

Manfred Murck

Soweit sich Sozialwissenschaftler mit Sicherheitsproblemen, und ich meine hier zunächst speziell mit Problemen der öffentlichen Sicherheit, beschäftigt haben, haben sie ihr Augenmerk vorrangig auf diejenigen Bürger gerichtet, die für Unsicherheit sorgen. Als sozialwissenschaftliche Teildisziplin wurde die Kriminologie mit der Untersuchung des "sozialen Problems" abweichenden Verhaltens betraut. Daneben gerieten in jüngster Zeit auch verstärkt diejenigen, die für Sicherheit sorgen sollen, die "Instanzen sozialer Kontrolle" wieder ins - zumeist kritische - Blickfeld. Verhältnismäßig geringe sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten dagegen diejenigen, die von Sicherheitsproblemen aktuell nicht betroffen sind, es aber jederzeit sein können: die überwiegend konformen Bürger. Ihre Ängste, Einstellungen und Forderungen liegen, sieht man von den sporadischen Ergebnissen der Umfrageinstitute ab, weithin im Dunkeln. Soweit sie von Sozialwissenschaftlern behandelt werden, werden sie zudem häufig mit Etiketten wie "irrational" oder "autoritäres Bewußtsein" belegt.

Mit Hilfe einer Reihe von Daten, die im Rahmen des vom BMFT geförderten Projekts "Bürgererwartungen und Kommunalpolitik" erhoben wurden, habe ich versucht, diese Forschungslücke etwas kleiner zu machen und gegen das meiner Ansicht nach dahinterstehende Vorurteil zu argumentieren (MURCK 1980). Auf viele Einzelergebnisse dieser Arbeit kann ich hier nicht eingehen, denn ich möchte das Thema des Soziologentags: "Unbeabsichtigte Folgen sozialen Handelns" ernst nehmen und einige empirische Befunde über die Sicherheitsbedürfnisse der Bürger auf dieses Thema beziehen. Diese Befunde stützen sich auf die Befragung von 2.118 Bürgern, 164 kommunalpolitischen Entscheidungsträgern sowie eine Inhaltsanalyse von 6.531 Artikeln der Lokalteile von sieben Tageszeitungen. Erhebungszeitraum war der Spätherbst 1977.

Die weiter unten erläuterte These über eine unbeabsichtigte Konsequenz des Handelns einer bestimmten sozialen Gruppe stützt sich zunächst auf eine Reihe von Einzelergebnissen, von denen nur wenige in den anhängenden Tabellen dokumentiert werden können.

1. Befragt man die Bürger nach den Dingen, die ihnen persönlich mehr oder weniger wichtig sind, so nehmen Sicherheitsbedürfnisse, etwa der Schutz vor Verbrechen oder das Leben in einem gesicherten Staat, für eine deutliche Mehrheit von ihnen einen vorderen Rangplatz ein. Diese Sicherheitsbedürfnisse sind von "latenter Dominanz", d.h. sie werden zwar zeitweilig von anderen Sorgen überlagert, werden jedoch nicht aus dem Problemhorizont der Bürger verdrängt.

2. Eine Faktorenanalyse der für die Befragung verwendeten Bedürfnisskala, die in Anlehnung an die von MASLOW vorgeschlagene Bedürfnisklassifikation konstruiert wurde, zeigt, daß es eine Art "Sicherheitskomplex" gibt, zu dem außer dem Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit auch die nach Gesundheit und ökonomischer Stabilität zählen. Deutlich abgrenzbar von diesem Sicherheitskomplex ist ein als "Entfaltungsbedürfnisse" kennzeichnbarer Faktor. Diese von mir als Sicherheits- oder aber Entfaltungsorientierung benannten Bedürfnishaltungen entsprechen vermutlich weitgehend den von INGLEHART (1979) vorgestellten materialistischen bzw. postmaterialistischen Werttypen.
3. Befragt man die Bürger nach ihren politischen Prioritäten, so findet sich der Sicherheitskomplex bei der Mehrheit wiederum an der Spitze ihrer Forderungen. Dies läßt sich auch anhand weiterer Umfragen belegen.
4. Anders ist dagegen die politische Präferenzordnung der ebenfalls befragten 164 kommunalpolitischen Einflußträger (zu deren Auswahl und Zusammensetzung siehe ARZBERGER 1980). Gesundheit und öffentliche Sicherheit spielen bei ihnen eine verhältnismäßig geringe Rolle, dagegen rücken für sie Fragen der Wohnumwelt, des Verkehrs und auch der Bildung stärker in den Vordergrund.
5. Eine Inhaltsanalyse des Lokalteils von sieben Tageszeitungen zeigte, daß sich zwar ein hoher Anteil von Artikeln mit Sicherheitsfragen beschäftigt, dabei handelt es sich jedoch überwiegend um einfache Berichte über stattgefundene Straftaten. Artikel, die sich kritisch mit irgendwelchen Ereignissen auseinandersetzen oder über Forderungen, gleichviel von welcher Gruppe, berichten, finden sich dagegen im Sicherheitsbereich praktisch nicht. Solche Artikel gibt es dagegen weitaus häufiger in den Bereichen Verkehr, Wohnumwelt und Bildung (zu Einzelheiten der Presseberichterstattung siehe ARZBERGER/MURCK/VOLLMER 1980).
6. Untergliedert man die befragten Bürger danach, ob sie sich sozial aktiv verhalten, d.h. Mitglied irgendeiner Organisation sind und sich mehr oder weniger intensiv am Organisationsleben beteiligen, so zeigt sich, daß die Bedeutung von Sicherheitsbedürfnissen mit steigendem Aktivitätsgrad nachläßt. Dieselbe Tendenz läßt sich nachweisen, wenn man Bürger mit unterschiedlich hohem Grad politischer Partizipation vergleicht.
7. Dies gilt selbstverständlich analog für die "Hintergrundvariablen" politischer und sozialer Aktivität: für jüngere, sozial bessergestellte und männliche Bürger sind Sicherheitsbedürfnisse, sei es in ihrer persönlichen Bedürfnisskala oder in ihrer politischen Präferenzordnung, vergleichsweise weniger wichtig, bei ihnen rücken dagegen Entfaltungsbedürfnisse stärker in den Vordergrund.

Diese Einzelbefunde lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß die zum "Sicherheitskomplex" zählenden Bedürfnisse in den mittleren Ebenen der politischen Beteiligung unterrepräsentiert sind. Während etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung überwiegend sicherheitsorientiert sind, beträgt der entsprechende Anteil bei den politisch aktiven Bürgern nur noch etwa ein Drittel, demgegenüber werden bei ihnen entfaltungsorientierte Bedürfnisse deutlich wichtiger. Weite Teile der kommunalpolitischen Eliten, die sich aus denselben sozialen Gruppen rekrutieren, haben ähnliche Präferenzen.

Diese Konstellation ist nicht nur, an einfachen demokratischen Normen gemessen, problematisch, sondern sie hat auch, und damit möchte ich auf das Thema "unbeachtete Folgen" zu sprechen kommen, vermutlich Konsequenzen für die politischen

Beteiligungsprozesse. Denn anders als die aktiven Bürger in den intermediären Beteiligungsformen, die sich oft nur an ihren eigenen Bezugsgruppen ausrichten müssen, sind die Vertreter politischer Spitzenpositionen durch den Wahlmechanismus an die Mehrheit der - überwiegend sicherheitsorientierten - Bürger gebunden. Wenn ihnen nun die Willensbildungsprozesse in Organisationen und Parteien kein repräsentatives Bild der Bürgerwünsche vermitteln, so sind sie gezwungen, für ihre Entscheidungen auf andere Informationskanäle zurückzugreifen. Dafür bietet sich insbesondere die Umfrageforschung an.

Viele der politisch aktiven Bürger stehen damit vor folgender Konsequenz ihres Handelns: sie haben sich politisch engagiert, um die Bedürfnisse der "Basis" gegenüber den politischen Zentralen zu vertreten. Sei es nun, daß es sich um ihre eigenen Bedürfnisse handelt, oder sei es, daß sie stellvertretend für andere, die sich nicht engagieren, handeln wollen. Gleichzeitig wollen viele von ihnen die Beteiligungsprozesse selbst stärken; politische Beteiligung, mehr Demokratie, ist ihnen ein Selbstzweck unabhängig von den im einzelnen vertretenen Interessen. Da aber die Bedürfnisse, die sie in diesen Beteiligungsprozessen artikulieren, nicht denen der Mehrheit passiver Bürger entsprechen, diskreditieren sie nun diese Beteiligungsprozesse selbst. Zwischen der passiven und eher sicherheitsorientierten Mehrheit der Bürger einerseits und den Vertretern politischer Spitzenpositionen andererseits werden die intermediären Formen der politischen Willensbildung daher vermutlich nicht, wie von vielen der an ihnen Beteiligten beabsichtigt, als Vermittlungsinstanz gestärkt, sondern in ihrer Bedeutung eher geschwächt.

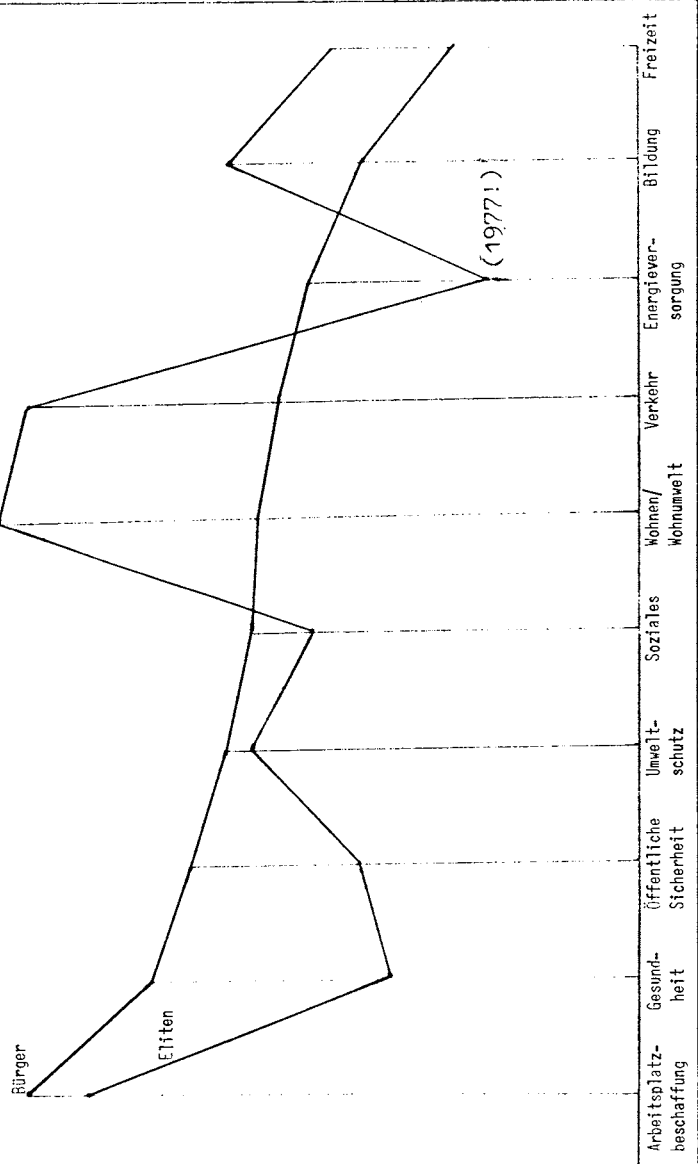
Das Auseinanderdriften zwischen der Mehrheit von eher sicherheitsorientierten Bürgern und den entfaltungsorientierten, weiterführende Ziele verfechtenden aktiven Bürgern, läßt sich besonders deutlich in der Anhängerschaft der SPD nachzeichnen. Eine politische Frage, in der dies beispielsweise sehr deutlich zum Ausdruck kommt und die mit dem angesprochenen "Sicherheitskomplex" in Zusammenhang steht, ist die Einstellung zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer. Während dieses Wahlrecht von etwa zwei Dritteln der aktiven, dies sind zugleich die jüngeren und sozial bessergestellten, SPD-Anhänger befürwortet wird, sind es bei der passiven Mehrheit nur etwa 40%. Die CDU-Anhängerschaft ist dagegen in dieser wie in praktisch allen zum Sicherheitskomplex zählenden Fragen weitaus homogener.

Insofern findet sich das Problem, ob die Zwischenformen der politischen Beteiligung eher konsensbildende und integrierende Kräfte haben, oder aber eher Konflikte zwischen Spitzenvertretern und Mittelbau erzeugen, zunächst vor allem innerhalb der SPD. Falls die zunehmend aus den mittleren Schichten stammenden politischen Aktivisten weiterhin von den Bedürfnissen der Mehrheit "abheben", so ist damit die interne Stabilität der Partei vor eine Belastungsprobe mit ungewissem Ausgang gestellt.

Frage: "Bitte ordnen Sie diese Aufgabenbereiche in einer Reihenfolge. Und zwar so, daß der Bereich, für den Ihrer Meinung nach am meisten getan werden sollte, an erster Stelle steht. Dann folgt der Bereich, der Ihnen an 2. Stelle wichtig erscheint usw." (Kartenvorgabe)

Durchschnittlicher
Rangplatz

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10



Durchschnittlicher Rangplatz des Aufgabenbereichs öffentliche Sicherheit

| Aktivität in Organisationen | Befragte insgesamt | SPD-Anhänger | CDU-Anhänger |
|-----------------------------|--------------------|--------------|--------------|
| Kein Mitglied | 4.56 | 4.72 | 4.28 |
| Mitglied | 4.92 | 5.36 | 4.58 |
| Versammlungsbesuch | 5.30 | 5.80 | 4.73 |
| Amt | 5.53 | 5.96 | 5.10 |
| (PEARSON) | (.12) | (.17) | (.10) |
| <u>Bildungsgrad</u> | | | |
| Ohne Abschluß | 4.72 | 4.79 | 5.08 |
| Hauptschule | 4.56 | 4.79 | 4.33 |
| Mittlere Reife | 4.91 | 5.36 | 4.47 |
| Abitur | 5.96 | 6.56 | 4.75 |
| (PEARSON) | (.15) | (.20) | (.02) |
| <u>Alter</u> | | | |
| 16-34 Jahre | 6.01 | 6.31 | 5.27 |
| 35-54 Jahre | 4.73 | 5.12 | 4.42 |
| 55 und älter | 4.00 | 4.04 | 4.00 |
| (PEARSON) | (.27) | (.31) | (.17) |

Literatur

- ARZBERGER, Klaus, Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik, Stuttgart 1980 (Kohlhammer)
- ARZBERGER, Klaus/MURCK, Manfred/VOLLMER, Randolph, Bürger, Presse und Eliten - Positionen und Einflüsse in der Kommunalpolitik, in PROJEKTEAM LOKALJOURNALISTEN (Hg.), Materialien für Lokaljournalisten, München 1980 (Ölschläger)
- INGLEHART, Ronald, Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: KLAGES, Helmut/KMIECIAK, Peter (Hg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt 1979 (Campus)
- MURCK, Manfred, Soziologie der öffentlichen Sicherheit - Eine staatliche Aufgabe aus der Sicht der Bürger, Frankfurt 1980 (Campus)